

Niederschrift



Sitzung des **Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschusses** der Stadt Bornheim am Dienstag, **13.04.2021**, 18:00 Uhr, in der Rheinhalle, Rheinstraße 201, Hersel

X	Öffentliche Sitzung
	Nicht-öffentliche Sitzung

Sitzung Nr.	30/2021
MoVA Nr.	3/2022

Anwesende

Mitglieder

Dartenne, Guido	ABB-Fraktion
Gordon, Christina	SPD-Fraktion
Hanft, Wilfried	SPD-Fraktion
Hochgartz, Markus	Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Jahn, Gabriele, Dr.	Bündnis 90/ Grüne-Fraktion
Kreckel, Alexander	FDP-Fraktion
Meyer-Flamme, Henning, Dr.	CDU-Fraktion
Müller (Holzweg), Josef	UWG/Forum-Fraktion
Prinz, Rüdiger	CDU-Fraktion
Rothe, Berthold	Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Schmitz, Thomas	SPD-Fraktion
Schumacher, Daniel	CDU-Fraktion
Velten, Konrad	CDU-Fraktion
Wehrend, Lutz	CDU-Fraktion
Westphal, Ewald	SPD-Fraktion

stv. Mitglieder

Geuer, Theo	CDU-Fraktion	
Kuhn, Arnd Jürgen, Dr.	Bündnis 90/Grüne-Fraktion	ab TOP 5 tw.
Schmitz, Rolf	CDU-Fraktion	

Verwaltungsvertreter

Broich, Guido
Cugaly, Ralf
Erll, Andreas
Pieck, Johannes
Schier, Manfred, Erster Beigeordneter

Schriftführerin

Kuhl, Christiane

Tagesordnung

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Entgegennahme von Niederschriften	
5	Beratung des Haushaltes 2021/2022 in den Fachausschüssen	021/2021-2

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
6	Bebauungsplan Ro 25 "Koblenzer Straße" in der Ortschaft Roisdorf im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB; Änderung des Geltungsbereichs, Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, Beschluss zur öffentlichen Auslegung	086/2021-7
7	Rheinspange 553; Offizielle Stellungnahme der Stadt Bornheim und aktueller Sachstand	100/2021-7
8	Antrag der CDU-Fraktion vom 21.11.2020 betr. Straßenverkehrsrechtliches Anhörverfahren für eine Ausweitung der Einbahnstraßen im Ortskern Hersel	833/2020-9
9	Antrag der SPD-Fraktion vom 01.12.2020 betr. Stärkung des Radverkehrs in der Stadt Bornheim	839/2020-7
10	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.12.2020 betr. Busverkehr in Waldorf	033/2021-7
11	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.12.2020 betr. RadPendlerRoute	034/2021-7
12	Antrag der SPD-Fraktion vom 26.01.2021 betr. Aufforderung an die Autobahn GmbH des Bundes zum Projekt Rheinspange	074/2021-7
13	Große Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.12.2020 betr. Lückenschluss Rad-und Fußweg L 300	845/2020-9
14	Mitteilung betr. Verkehrsverhältnisse Merten, Bonn-Brühler-Straße (L183), Teilstück zwischen Bachstraße und Kreuzstraße	026/2021-9
15	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	182/2021-1
16	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

AV Wilfried Hanft eröffnet die Sitzung des Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschusses der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschuss beschlussfähig ist.

Der Ausschuss beschließt auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden, die Tagesordnungspunkte 7 und 12 zusammen zu behandeln.

Stimmenverhältnis:

- Einstimmig -

bei 1 Stimmenthaltung (ABB)

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:

TOP 1 – 7, 12, 8 – 11, 13 - 16.

	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	

Frau Kuhl ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
----------	---	--

Es wurde kein Ausschussmitglied verpflichtet.

3	Einwohnerfragestunde	
----------	-----------------------------	--

Die Einwohnerfragestunde entfällt, da keine Fragen vorliegen.

4	Entgegennahme von Niederschriften	
----------	--	--

Die Niederschrift über die Sitzung Nr. 20/2021 vom 10.03.2021 steht noch nicht zur Verfügung, da noch ein Austausch von Seiten bzw. Passagen vorgenommen werden muss.

5	Beratung des Haushaltes 2021/2022 in den Fachausschüssen	021/2021-2
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschuss

1. nimmt den Entwurf des Haushaltes 2021/ 2022 zu den Produktbereichen und Produktgruppen seines Zuständigkeitsbereiches zur Kenntnis und empfiehlt hierzu folgende Änderungen:

siehe Anlage Seite 10 bis 23

2. nimmt die verwaltungsseitigen Änderungen der Haushaltsansätze des Haushaltsplanentwurfes 2021/2022 zur Kenntnis und empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschlussentwurf für den Rat: Kenntnisnahme

Abstimmungsergebnis

- 17 Stimmen für den Beschluss (CDU, SPD, B90/Grüne, FDP, UWG)
01 Stimme gegen den Beschluss (ABB)

6	Bebauungsplan Ro 25 "Koblenzer Straße" in der Ortschaft Roisdorf im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB; Änderung des Geltungsbereichs, Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, Beschluss zur öffentlichen Auslegung	086/2021-7
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt

1. den Bebauungsplan Ro 25 „Koblenzer Straße“ in der Ortschaft Roisdorf als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) weiterzuführen. Von einer Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB wird abgesehen,
2. den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Ro 25 „Koblenzer Straße“ in der Ortschaft Roisdorf zu vergrößern,

3. zu den Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB sowie der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB die vorliegenden Stellungnahmen der Stadt Bornheim,
4. den vorliegenden Entwurf des Bebauungsplanes Ro 25 „Koblenzer Straße“ in der Ortschaft Roisdorf einschließlich der vorliegenden Hinweise und nachrichtlichen Übernahme sowie der vorliegenden Begründung gemäß § 3 (2) BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis

17 Stimmen für den Beschluss (CDU, SPD, B90/Grüne, FDP, UWG)
 01 Stimme gegen den Beschluss (ABB)

7	Rheinspange 553; Offizielle Stellungnahme der Stadt Bornheim und aktueller Sachstand	100/2021-7
----------	---	-------------------

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen schlägt vor, den Vorschlag der Verwaltung für eine Stellungnahme zur Rheinspange zu modifizieren. Der Fraktion Bündnis90/Die Grünen erscheint es zweckmäßig, darauf hinzuweisen, dass diese Stellungnahme entweder mit großer Mehrheit oder einstimmig vom Fachausschuss beschlossen wurde. Das gäbe dieser Stellungnahme auch in Richtung Autobahn GmbH mehr Gewicht.

Da hierbei allerdings die bestehenden Differenzen nicht verschwiegen werden können, stellt die Fraktion Bündnis90/Die Grünen den Antrag, die Stellungnahme der Stadt wie folgt zu modifizieren:

Zum aktuellen Stand der Planung der sogenannten Rheinspange 553 hat der zuständige Fachausschuss des Rates der Stadt Bornheim am 10 März (einstimmig, oder mit sehr großer Mehrheit) folgende Stellungnahme beschlossen:

Die Planung der Rheinspange bereitet vielen Bornheimer/innen und Bornheimern nachvollziehbar große Sorgen hinsichtlich möglicher negativer Veränderung der eigenen Lebensumstände. Rat und Verwaltung verstehen es als ihre gemeinsame Aufgabe, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger Bornheims in diesem Verfahren gegenüber dem Baulastträger der Autobahn GmbH des Bundes zu vertreten. Dies gilt, auch wenn es in der Frage, ob der Bau einer neuen Rheinquerung angesichts der angestrebten Mobilitätswende sinnvoll und überhaupt erforderlich ist, unterschiedliche Auffassungen bei den Ratsfraktionen gibt. (weiter wie in der Stellungnahme der Verwaltung zur Vorlage 100/2021-7 ab Absatz 3)

Der Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen wird mit einem Stimmenverhältnis von

04 Stimmen für den Antrag (B90/Die Grünen)
 10 Stimmen gegen den Antrag (CDU, FDP, ABB, UWG)
 04 Stimmenthaltungen (SPD)
 abgelehnt.

Der Antrag der SPD-Fraktion die Ziffern 3

„In die Betrachtung der Varianten auch die Möglichkeit einer Integration des Rad- und Fußverkehrs zu berücksichtigen.“

und Ziffer 4 des Antrages der SPD-Fraktion (TOP 12, Vorlage-Nr.074/2021-7)

„Die Auswirkungen der Digitalisierung in der Verkehrswelt (Smart City) sollen in den gutachterlichen Ausführungen mitberücksichtigt werden.“

mit in die offizielle Stellungnahme der Stadt an den Baulastträger die Autobahn GmbH des Bundes aufzunehmen, wird mit einem Stimmenverhältnis von

10 Stimmen für den Antrag (SPD, B90/Grüne, UWG, ABB)

08 Stimmen gegen den Antrag (CDU, FDP)
angenommen.

Beschluss:

Der Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschuss beschließt,

1. den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis zu nehmen,
2. das von der Verwaltung vorbereitete Anschreiben zum Planungsprozess der Rheinspange 553 als offizielle Stellungnahme an den Baulastträger die Autobahn GmbH des Bundes zu geben (einschließlich der nachfolgend aufgeführten Ergänzungen des Antrages der SPD-Fraktion aus der Vorlage-Nr. 074/2021-7):

„In die Betrachtung der Varianten auch die Möglichkeit einer Integration des Rad- und Fußverkehrs zu berücksichtigen.“

„Die Auswirkungen der Digitalisierung in der Verkehrswelt (Smart City) sollen in den gutachterlichen Ausführungen mitberücksichtigt werden.“

Abstimmungsergebnis

14 Stimmen für den Beschluss (CDU, SPD, FDP, UWG, ABB)

04 Stimmen gegen den Beschluss (B90/Grüne)

AM Rothe erklärt zu seinem Abstimmungsverhalten, dass er dem Beschluss nicht zugestimmt habe, weil er die Stellungnahme der Verwaltung schlecht finde, sondern deswegen, weil er meint, dass das Grundsätzliche auch in einer solchen Stellungnahme erwähnt werden sollte (die grundsätzliche Position die an dem Punkt in diesem Gremium nicht einheitlich ist).

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließen sich der persönlichen Erklärung des AM Rothe an.

8	Antrag der CDU-Fraktion vom 21.11.2020 betr. Straßenverkehrsrechtliches Anhörverfahren für eine Ausweitung der Einbahnstraßen im Ortskern Hersel	833/2020-9
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und verschiebt die Beratung des Antrages in eine der nächsten Sitzungen.

- Einstimmig -

9	Antrag der SPD-Fraktion vom 01.12.2020 betr. Stärkung des Radverkehrs in der Stadt Bornheim	839/2020-7
----------	--	-------------------

Die SPD-Fraktion beantragt, Ziffer 3 des Beschlussentwurfs zu streichen und Ziffer 5 wie folgt zu ergänzen: „und diese im Zusammenhang mit dem eben beschlossenen Gesamt-Mobilitätskonzept zu sehen“.

AM Müller beantragt getrennte Abstimmung.

Die Sitzung wurde von 19:25 Uhr bis 19:35 Uhr unterbrochen (Maskenpause).

Beschluss:

Der Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschuss beschließt,

1. den Bürgermeister zu beauftragen, die Maßnahmen für den Radverkehr in Bornheim zu verstärken,
2. einen deutlich höheren Anteil des Haushaltsansatzes des Tiefbau- und Straßenverkehrsamtes für Radverkehrsmaßnahmen einzusetzen und in Abhängigkeit der Realisierung geplanter Maßnahmen, den Haushaltsansatz in den kommenden Jahren zu erhöhen,
3. die begonnenen Maßnahmen aus dem Radverkehrskonzept weiter nach den vorliegenden Maßnahmen- und Prioritätenlisten sukzessive umzusetzen,
4. bei einer zukünftigen Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes eine neue Maßnahmenliste zu erarbeiten und diese im Zusammenhang mit dem beschlossenen Gesamt-Mobilitätskonzept zu sehen,
5. die mit dem Rhein-Sieg-Kreis abgestimmten Maßnahmen an der Kreuzung Breslauer Straße (K33) / Gemüseweg zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 1 bis 5:

16 Stimmen für den Beschluss (SPD, CDU, B90/Grüne, UWG)

01 Stimme gegen den Beschluss (ABB)

01 Stimmenthaltung (FDP)

10	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.12.2020 betr. Busverkehr in Waldorf	033/2021-7
----	---	-------------------

Beschluss:

Der Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschuss vertagt die Beratung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.12.2020 in die nächste Sitzung.

- Einstimmig -

11	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.12.2020 betr. RadPendlerRoute	034/2021-7
----	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, zu prüfen, welche Elemente der RadPendlerRoute schon jetzt realisiert werden können.

- Einstimmig -

12	Antrag der SPD-Fraktion vom 26.01.2021 betr. Aufforderung an die Autobahn GmbH des Bundes zum Projekt Rheinspange	074/2021-7
----	--	-------------------

Beschluss:

Der Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschuss beschließt, den Antrag der SPD-Fraktion vom 26.01.2021 zur Kenntnis zu nehmen.

- Einstimmig -

13	Große Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.12.2020 betr. Lückenschluss Rad-und Fußweg L 300	845/2020-9
-----------	---	-------------------

- Kenntnis genommen -

Zusatzfragen AM Prinz

1. betr. Antwort zu Frage 1 bezüglich Vergabe der Vorentwurfsplanung an ein geeignetes Ingenieurbüro Anfang 2021.
Gibt es einen neuen Sachstand seit Vorlagenerstellung?

Antwort:

Der Mitarbeiter, der diese Vorlage erstellt hat, wird die Stadt verlassen. Derzeit bestehen daher keine Zuständigkeiten für dieses Objekt. Die Frage der Fortschritte kann, solange die Stelle nicht wiederbesetzt ist, nicht beantwortet werden

2. Ist es möglich, dass das Ganze auch abschnittsweise realisiert werden kann (insbesondere Einmündung Richard-Piel-Straße in die L300)?
3. Sollte es im Zuge der Verhandlungen dazu kommen, dass Grundstückseigentümer nicht bereit sind zu verkaufen, wäre es dann denkbar, dass es zwischendrin einen Seitenwechsel gibt, so dass nicht dauerhaft eine Lücke bestehen bleibt?

Antwort:

Erst nach der Durchplanung kann die Frage, ob und in welchem Umfang Eigentümer betroffen sind und ob die Eigentümer bereit sind an die Stadt zu veräußern, geklärt werden. Wenn man eine Planung und ein Konzept hat, dann kann man sicherlich in einem gewissen Rahmen stufenweise realisieren. Dabei muss aber auch der wirtschaftliche Aspekt berücksichtigt werden.

14	Mitteilung betr. Verkehrsverhältnisse Merten, Bonn-Brühler-Straße (L183), Teilstück zwischen Bachstraße und Kreuzstraße	026/2021-9
-----------	--	-------------------

- Kenntnis genommen -

15	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	182/2021-1
-----------	---	-------------------

Mündliche Mitteilungen

Keine

Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

Keine

16	Anfragen mündlich	
-----------	--------------------------	--

AM Rolf Schmitz betr. AK Radverkehr vom August 2020 zum Thema Entschärfung Kreuzungsbereich Römerstraße/Kölner Landstraße/Lichtweg
Aus dem Lichtweg kommend sollte man sicher in die Römerstraße einbiegen können.
Wie ist der Sachstand aus dem damaligen Arbeitskreis?

Antwort:

Der zuständige Sachbearbeiter hat die Stadtverwaltung verlassen.
In einer der nächsten Sitzungen wird dazu berichtet.

AM Thomas Schmitz betr. Verkehrssituation auf dem Dorfplatz in Kardorf

Ist das Anhörungsverfahren bezüglich der Vorlage Nr. 609/2020 abgeschlossen?

Antwort:

Es hat auf Grund des Prüfauftrages unter anderem die Einholung von Stellungnahmen bei der Polizei gegeben. Dabei wurde nicht bestätigt, dass dort eine dauerhafte Raser Szene ansässig ist. Aber die Bearbeitung des Vorgangs ist noch nicht ganz abgeschlossen. In einer späteren Sitzung wird dazu berichtet.

AM Müller

Besteht die Möglichkeit, dass auch Rats- und Ausschussmitglieder die neu errichtete Fahrradgarage während der Rats- und Ausschusssitzungen nutzen können?

Antwort:

Dies wird aufgegriffen.

AM Hochgartz betr. Kreuzung Straufsberg/Heerweg, häufiger brenzlige Situationen.

Vom Straufsberg kommend ist der Blick nach links durch parkende Autos sehr eingeschränkt, so dass man sich in die Kreuzung vortasten muss.

Ist dies der Verwaltung bekannt und ist es möglich das Parken dort zu kontrollieren?

Antwort:

Das ist derzeit nicht bekannt und wird geprüft. Im unmittelbaren Einmündungsbereich besteht ein gesetzliches Halteverbot.

AM Prinz betr. StEA 17.6. betr. Regionalplan, dort ist eine Gleisverlängerung eingezeichnet von Bonn Auerberg über die L 300 bis zum Bahnhof Hersel.

Die Stadt wollte beim Rhein-Sieg-Kreis und der Stadt Bonn um Informationen bitten.

Liegen mittlerweile Informationen bezüglich der Trassenverlängerung vor?

Antwort:

Aktuelle Planungsaktivitäten aus dem Rhein-Sieg-Kreis liegen nicht vor.

Es gibt derzeit keine konkreten Erkenntnisse, dass hier Handlungsbedarf bestünde.

Spätestens zur Neuaufstellung des Regionalplanes muss die Stadt Bonn dann Mitteilungen machen.

AM Geuer betr. Umstellung der Straßenbeleuchtung Bahnhofstr. in Sechtem.

Bei der alten Straßenbeleuchtung war der gegenüberliegende Bürgersteig mit beleuchtet.

Bei der jetzigen LED Beleuchtung ist der Bürgersteig komplett dunkel.

Man könnte den Neigungswinkel verstellen, so dass der Schein den Bürgersteig wieder erhellt.

Kann das weitergegeben und kontrolliert werden?

Antwort:

Es wird weitergegeben, dass die Leuchten anders justiert werden.

AM Schumacher betr. Radverkehr, Siefenfelchen/Aeltersagasse

Es gibt entlang der Königstraße einen kombinierten Fuß- und Radweg, der sehr stark frequentiert ist und teilweise keine 3 Meter Breite aufweist.

1. Wäre es im Rahmen der Veräußerung von Flächen an das Seniorenwohnstift Beethoven nicht sinnvoll, einen Grundstückstausch mit dem Seniorenwohnstift Beethoven anzustreben, zum Zwecke der Verbreiterung des Rad- und Gehweges?

Antwort:

Es kann nur bestätigt werden, dass die Breite des Weges bis jetzt schwierig ist, wenn die Schulklassen auf dem Weg zum Hallen-Freizeit-Bad sind. Ansonsten ist der Rad- und Fußweg nutzbar und verkehrssicher. Die Verwaltung sieht derzeit keinen Handlungsbedarf in dem Bereich. Die Verwaltung wird aber auf die verkehrsgefährdende Situation und die unkomfortable Lage hinweisen und dies im Rahmen der Ausschreibung des Konzeptes mit aufnehmen.

2. betr. ruhender Verkehr, der vom Beethovenstift ausgeht, auf Grund der mangelhaften Parkplatzkapazitäten
Ist der Stadtverwaltung bekannt, ob das Beethovenstift die Erschließung von weiteren Parkplätzen anstrebt?

Antwort:

Es würde begrüßt, wenn das Beethovenstift weitere Parkplätze anstreben würde. Jede Maßnahme, die für mehr Parkplätze sorgt, wird begrüßt.

3. Kann die Stadt dem Beethovenstift diesbezüglich eine Anregung geben, mehr Parkplätze zu schaffen? Ist der Stadt aktuell bekannt wie die ersten Schritte aussehen und ob da ein Konzept vorliegt?

Antwort:

Dabei handelt es sich um private Aktivitäten.

Hierfür gibt es keine Erörterungen oder gemeinsame Planungen.

AM Müller betr. Aufstellorte für 10 Lampen. Die OV konnten melden, wo geeignet Stellplätze waren.

Gibt es einen Termin zur Aufstellung der genehmigten Lampe in Merten in der Lortzingstraße?

Antwort:

Herr Schier bittet Herrn Müller, den Hinweis nochmals schriftlich der Verwaltung mitzuteilen.

AM Rolf Schmitz betr. Rheinuferweg, Juli 2020 kleine Anfrage gestellt, welche im November beantwortet wurde betr. Versetzung eines Absperrpfostens.

Wie ist der Sachstand?

Antwort:

Wird in einer der nächsten Sitzungen berichtet.

Der nicht öffentliche Teil der Sitzung wurde nicht mehr aufgerufen, da kein Bedarf bestand.

Ende der Sitzung: 20:07 Uhr

gez. Wilfried Hanft
Vorsitz

gez. Christiane Kuhl
Schriftführung

Anlage:**Anfragen** zum Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschuss

Der Verwaltung liegen seitens der Fraktionen Anfragen zum Haushaltsentwurf 2021/2022 vor. Die den Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschuss betreffenden Anfragen sowie die Antworten bzw. Stellungnahmen der Verwaltung werden nachstehend dargestellt:

Fraktion	Datum der Anfrage	Nr. der Anfrage	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage	Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
FDP	25.01.2021	46	1.12.02.01	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.		Welche konkreten Planungen gibt es zum Ausbau von Ladeinfrastruktur für E-Autos?	Stellungnahme der Verwaltung: Die Aufstellung eines räumlichen Konzepts ist geplant (mit Standorten, Anzahl Ladeplätze, Flächenbedarf usw.); Die Konzeptaufstellung/Projektentwicklung ist eine zusätzliche und aufwändige Aufgabe; Die Projektentwicklung hängt von den personellen Arbeitskapazitäten und gesetzten Arbeitsprioritäten der Verwaltung ab und ist nur mit externer Unterstützung leistbar; Zunächst ist die Finanzierung der Planungsleistung sicherzustellen, bevor anschließend ein Fachplaner beauftragt werden kann; Der Verwaltung liegen keine technischen bzw. planerischen Anforderungen/Erfahrungen vor; Die StromNETZ Bornheim GmbH betreibt aktuell in einem ersten Schritt Grundlagenforschung betr. der elektr. Anforderungen
FDP	25.01.2021	47	1.12.04	ÖPNV		Wie ist die Ausbauplanung der Linie 18 im Zusammenhang mit dem Rhein-Sieg-Kreis?	Stellungnahme der Verwaltung: Mit der Fertigstellung der Machbarkeitsstudie wird im März/April gerechnet. Anschließend erfolgt die Beratung in den Gremien der betroffenen Kommunen sowie im Kreistag.

Fraktion	Datum der Anfrage	Nr. der Anfrage	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage	Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
SPD	27.01.2021	19	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	304	Für welche Maßnahmen bestehen in der Produktgruppe Straßenbau bereits vertragliche Verpflichtungen (Planungsaufträge, etc.) und für welche Maßnahmen wurden bereits Fördermittel beantragt?	Stellungnahme der Verwaltung: Für die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED wurden für die 1. Tranche - Umrüstung von 1.500 Leuchtenköpfen - Aufträge vergeben. Hierfür liegt auch eine Fördermittelzusage vor.
SPD	27.01.2021	20	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	304	Straßenbau: Wie stellt sich der Sachstand zum Ausbau der Hauptstraße in Walberberg dar?	Stellungnahme der Verwaltung: Ein erstes Konzept zur Hauptstraße Walberberg wurde durch ein Ingenieurbüro erstellt und am 29.02.2020 im StEA (Vorlage 375/2019-9) beraten - Beschluss zur Anliegerversammlung. Aufgrund der Covid-19 Pandemie konnte bisher noch keine Anliegerversammlung durchgeführt werden.
SPD	27.01.2021	21	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	306	Unterhaltungsmaßnahmen Straßenbau: Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED, wo findet sich die Einnahmeposition aus Fördermitteln?	Stellungnahme der Verwaltung: Die Einnahmeposition ist unter Sachkonto 413200 Kostenstelle/ Produkt 1.12.02.01 verbucht. Die Förderung für die 1. Tranche beträgt rund 143 TEUR.
SPD	27.01.2021	22	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	315	Wann kann das Projekt Grüne Infrastruktur haushaltswirksam wieder aufgegriffen werden?	Stellungnahme der Verwaltung: Eine Umsetzung des Projektes "Grüne Infrastruktur" mit seinen einzelnen Maßnahmen kann nur durch die Akquise von Fördermitteln aufgegriffen werden. Die Verwaltung prüft regelmäßig aktuelle Förderaufrufe, um eine Umsetzung der Maßnahmen voran zu treiben.

Fraktion	Datum der Anfrage	Nr. der Anfrage	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage	Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
SPD	27.01.2021	23	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	316	Radverkehrskonzept: Welche Maßnahmen beinhaltet die angegebene Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 400.000 EUR?	Stellungnahme der Verwaltung: Verpflichtungsermächtigungen können vom Rat festgelegt werden auch für zukünftigen Haushaltsjahre. Amt 9 plant pro Jahr 100.000 € für die Maßnahmen des Radverkehrskonzeptes ein.
SPD	27.01.2021	24	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	320	Rahmenplanung Sechtem-Ost: Sind die Mittel des Landes zum Neubau der L 192n im Haushalt veranschlagt?	Stellungnahme der Verwaltung: Für das Projekt wurde seitens Amt 9 bisher nur Mittel für die Planung veranschlagt.
SPD	27.01.2021	26	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	324	Wo sind die Fördermittel zum Ausbau barrierefreier Bushaltestellen veranschlagt?	Stellungnahme der Verwaltung: Die Fördermittel sind in der Übersicht über Investitionen 2021/2022 enthalten.
SPD	27.01.2021	27	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	325	Ausbau Uedorfer Weg: Wozu dienen die Ansätze 2021/2022?	Stellungnahme der Verwaltung: Der Ausbau Uedorfer Weg /Bornheimer Straße befindet sich noch in der Planung. Die Ansätze dienen in erster Linie zur Planungszwecken. Im Jahr 2025 wurden die Ansätze erhöht, für den Fall, dass hier mit einem Abschnitt begonnen werden kann.
SPD	27.01.2021	28	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	329	Rahmenplanung Bornheim-West: Auf welcher Basis beruht die Einnameschätzung in Höhe von 3.630.000 EUR in der mittelfristigen Finanzplanung?	Stellungnahme der Verwaltung: Die Zahlen wurden bereits im Haushaltsplanungsprozess nachträglich angepasst. Das Projekt ist noch nicht baureif, daher werden mittelfristig keine Einnahmen zu erwarten sein. Die Baukosten beruhen auf einer vorläufigen Kostenschätzung die Grundlage der Erschließungsbeiträge nach Baugesetzbuch sind.

Fraktion	Datum der Anfrage	Nr. der Anfrage	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage	Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
SPD	27.01.2021	29	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	336	Rahmenplanung Sechtem-Ost: Auf welcher Basis beruhen die Einnahmeschätzungen von 2,16 Mio. EUR in den Haushaltsjahren 2021/2022 und in der mittelfristigen Finanzplanung 2023 in Höhe von 1.060.000 EUR?	Stellungnahme der Verwaltung: Die Zahlen wurden bereits im Haushaltsplanungsprozess nachträglich angepasst. Das Projekt ist noch nicht baureif, daher werden mittelfristig keine Einnahmen zu erwarten sein. Die Baukosten beruhen auf einer vorläufigen Kostenschätzung die Grundlage der Erschließungsbeiträge nach Baugesetzbuch sind.
CDU	31.01.2021	63	P. 1.12.	Verkehrsfläche n und -anlagen, ÖPNV	302 (Z.16)	Wie kommt die große Zahl in 2021 zu Stande und wie erklärt sich der Unterschied zum Vorjahr und zum Folgejahr?	Stellungnahme der Verwaltung: In 2021 sind mehr Auszahlungen geplant, unter anderem für die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED. Die Umsetzung wird hauptsächlich im Jahre 2021 abgewickelt.
CDU	31.01.2021	65	P. 1.12.	Verkehrsfläche n und -anlagen, ÖPNV	303 (Z.18, 29)	Wie kommen die großen Unterschiede zu Stande?	Stellungnahme der Verwaltung: zu Zeile 18: In 2021 sind mehr Auszahlungen geplant, unter anderem für die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED. Die Umsetzung wird hauptsächlich im Jahre 2021 abgewickelt. zu Zeile 29: Dem Entwurf des Haushaltsplans 21/22 liegt eine fehlerhafte Darstellung der Internen Leistungsbeziehungen (Zeilen 27, 28 und 29) bei den Teilergebnisplänen zu Grunde. Dieser Fehler hat keine Auswirkung auf das Gesamtergebnis, verfälscht jedoch die Sicht auf die jeweiligen Teilergebnispläne. Die Korrektur erfolgt bei der Erstellung des endgültigen Haushaltsplanes.

Fraktion	Datum der Anfrage	Nr. der Anfrage	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage	Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
CDU	31.01.2021	67	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	305 (Z.16, 28)	Wie kommen diese enormen Unterschiede zu Stande?	Stellungnahme der Verwaltung: zu Zeile 16: In 2021 sind mehr Auszahlungen geplant, unter anderem für die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED. Die Umsetzung wird hauptsächlich im Jahre 2021 abgewickelt. zu Zeile 29: Dem Entwurf des Haushaltsplans 21/22 liegt eine fehlerhafte Darstellung der Internen Leistungsbeziehungen (Zeilen 27, 28 und 29) bei den Teilergebnisplänen zu Grunde. Dieser Fehler hat keine Auswirkung auf das Gesamtergebnis, verfälscht jedoch die Sicht auf die jeweiligen Teilergebnispläne. Die Korrektur erfolgt bei der Erstellung des endgültigen Haushaltsplanes.
CDU	31.01.2021	68	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	306	Bitte eine Erklärung zu den 125.000 EUR für Brücken und Tunnelbauwerke.	Stellungnahme der Verwaltung: Die Stadt Bornheim prüft ihre Brückenbauwerke turnusmäßig alle 3 Jahre und lässt diese durch einen Bauwerksprüfer begutachten, entsprechend der Vorschriften für Brückenbauwerke (Haupt-/Zwischenprüfung im dreijährigen Wechsel). Die nächste Brückenprüfung findet im Jahr 2022 statt. Daher ist der Ansatz in diesem Jahr deutlich erhöht.
CDU	31.01.2021	69	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	307 (Z.12, 18,25)	Wie erklären sich diese Unterschiede?	Stellungnahme der Verwaltung: Zeile 12+25: Die festgestellten Unterschiede sind allenfalls marginal. Die Schwankungen in den Ansätzen sind bedingt durch die jeweiligen Projektentwicklungen. Zeile 18: Fördermittel werden je nach Projektfortschritt ausgezahlt, Schwankungen können auch hier vorkommen.

Fraktion	Datum der Anfrage	Nr. der Anfrage	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage	Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
UWG	31.01.2021	2	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	306	Wieviele Gebühren erhält die Stadt für die Einleitung der Entwässerung von Straßen, die nicht im städtischen Besitz sind, z.B. Land- und Kreisstraßen? Vor Jahren von der UWG beantragt, aber über die Höhe der Gebühren bisher keine Auskunft.	Stellungnahme der Verwaltung: Der Stadtbetrieb Bornheim erhielt im Wirtschaftsjahr 2020 für die Oberflächenentwässerung von Land- und Kreisstraßen folgende Gebühreneinnahmen: - für 56.478 m² Niederschlagsfläche von Landstraßen innerhalb Bornheim = 98 TEUR - für 25.253 m² Niederschlagsfläche von Kreisstraßen innerhalb Bornheim = 44 TEUR also insgesamt: 142 TEUR.
UWG	31.01.2021	30	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	317/8	Ausbesserung Rheinbacher Straße: Der schlechte Zustand der Straße wurde verursacht durch den Ausbau der L182 und der dadurch geführten Umleitung. Gab es keine Möglichkeit die Verursacher zu Beiträgen heranzuziehen? Reichen die geplanten Maßnahmen für eine ordnungsgemäße Wiederherstellung?	Stellungnahme der Verwaltung: Die durch die Umleitung entstandenen Schäden wurden vom Landesbetrieb Straßen NRW durch den Auftragnehmer nach Angaben Amt 9 ausgebessert. Inwiefern künftig ein Vollausbau der Rheinbacherstr. als wichtige Verkehrsanbindung Waldorf Heimerzheim zu realisieren wäre, bedarf einer Detailprüfung.
UWG	31.01.2021	31	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	322	Ausbau Kreisverkehrsplatz Bonner Straße/Herseler Straße/Siegesstraße: Ist diese Maßnahme nach heutigem Stand noch erforderlich? Durch die Umgehung L183n ist das Verkehrsaufkommen an der Stelle stark reduziert worden.	Stellungnahme der Verwaltung: Die 2019 erstellte Prognose 2030 empfiehlt den Bau eines KVP, da die Kreuzung als Lichtsignalanlage zukünftig nur knapp ausreichend leistungsfähig sein wird. Heute ist dies auf Grund der Verkehrslage noch nicht erforderlich. Eine erneute Betrachtung der Verkehrssituation ab 2023 wird empfohlen.
UWG	31.01.2021	32	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	323/8	Befestigung Rheinufer Hersel: Fällt die Zuständigkeit für diese Maßnahme eindeutig in den Bereich der Stadt Bornheim oder gibt es andere Träger, die für diese Maßnahme zuständig sind?	Stellungnahme der Verwaltung: Die rechtliche Auseinandersetzung ist noch nicht abgeschlossen (vgl. Vorlage 063/2020-1). Damit die erforderliche Klärung der Rechtslage nicht zu Verzögerungen notwendiger Sicherungsmaßnahmen am Rheinufer führt, haben sich Bund, Land und Stadt verständigt,

Fraktion	Datum der Anfrage	Nr. der Anfrage	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage	Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
							aktiv an einer Lösung zur nachhaltigen Sicherung des Rheinufers mitzuwirken. Am 25.06.2020 hat der Rat der Stadt Bornheim beschlossen, dass die Stadt gemeinsam mit Bund und Land aktiv an einer Lösung zur nachhaltigen Sicherung des Rheinufers in dem in Rede stehenden Abschnitt mitwirkt und unter Beachtung haushaltsrechtlicher Rahmenbedingungen grundsätzlich zu einer angemessenen Kostenbeteiligung bereit ist (vgl. Vorlage 431/2020-9).
UWG	31.01.2021	33	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	305/1 3	Wurde der Ansatz in den Jahren 2019/2020 von jeweils ca. 146.000 EUR vollständig ausgeschöpft?	Stellungnahme der Verwaltung: Die Verwaltung setzt bei der Beantwortung der Frage voraus, dass hiermit die Stadtpauschale für Feld-und Wirtschaftswege gemeint ist. Im Jahre 2019 und 2020 ist die Stadtpauschale aufgebraucht worden, seitens SBB wurde eine prozentuale Erhöhung der Stadtpauschalen um 2,5 Prozent gemeldet.

Fraktion	Datum der Anfrage	Nr. der Anfrage	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage	Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
B90/Grüne	02.02.2021	6	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.		Wie setzen sich die Kosten des Grünen C genau zusammen?	Stellungnahme der Verwaltung: Die Ansätze für das Grüne C setzen sich aus Maßnahmen des Integrierten Handlungskonzeptes "Grüne Infrastruktur" zusammen. Dieses wurde zusammen mit den Grünen C Kommunen erstellt, um im Rahmen des Förderprogramms "Soziale Integration im Quartier" aufgenommen zu werden. Leider hat keine Förderzusage stattgefunden. Die Maßnahmen sollen jedoch sukzessiv in den nächsten Jahren vorbehaltlich von Förderzusagen aus weiteren Förderprogrammen angegangen werden. Die Meldung in Höhe von 60.000 EUR wurden nicht in den Entwurf übernommen und deswegen über den Veränderungsnachweis nachgemeldet. Ebenso wurde die Erläuterung hinsichtlich der Förderquote angepasst.
B90/Grüne	02.02.2021	7	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	322	Gibt es beim Kreisverkehr Bonner Str./ Herseler Str. Siegesstr. eine Vereinbarung mit einem Investor, dass die Kosten des Umbaus übernommen werden?	Stellungnahme der Verwaltung: Nein, es gibt keine Vereinbarung mit einem Investor
B90/Grüne	02.02.2021	8	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	322	Gibt es neue Erkenntnisse bezüglich der Verkehrssituation an dem Knotenpunkt, die einen Umbau weiterhin nötig erscheinen lassen? Oder gibt es sogar Erkenntnisse, dass die Kreuzung für den Verkehr im jetzigen Zustand weiterhin ausreichen ist?	Stellungnahme der Verwaltung: Die 2019 erstellte Prognose 2030 empfiehlt den Bau eines KVP, da die Kreuzung als Lichtsignalanlage zukünftig nur knapp ausreichend leistungsfähig sein wird. Heute ist dies auf Grund der Verkehrslage noch nicht erforderlich. Eine erneute Betrachtung der Verkehrssituation ab 2023 wird empfohlen.

Fraktion	Datum der Anfrage	Nr. der Anfrage	Produkt	Bezeichnung	Seite im HPI	Inhalt: Anfrage	Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
B90/Grüne	02.02.2021	9	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	338	Ist die Maßnahme Königstr. Knotenpunktplanung eingebunden in das integrierte Handlungskonzept? Welche Anschlusspunkte sind in dieser Maßnahme inbegriffen (wie weit in Richtung Hellenkreuz zieht sich diese Maßnahme)? Wäre eine Gesamtkonzeption unter Einbeziehung des Knotenpunkts Hexenweg/Bornheimer Mühle nicht sinnvoller?	Stellungnahme der Verwaltung: Der Knotenpunktbereich ist nicht Teil des integrierten Handlungskonzeptes. Die Knotenpunkte Königsstraße/Apostelpfad/Mühlenweg sowie der Knoten Sechtemer Weg/Königsstraße sind inbegriffen. Eine Betrachtung weiterer Knotenbereiche ist derzeit nicht vorgesehen. Das Konzept befindet sich derzeit in der Aufstellung und wird in einer der nächsten MoVa-Sitzungen vorgestellt.
B90/Grüne	02.02.2021	10	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	331	Ist eine Aufschlüsselung der Kosten nach Straßenausbau und Erstellung der Kreisanlage an der Kreuzung Offenbachstraße/Schubertstraße/Schulstraße möglich? Wenn ja, wie sieht sie aus?	Stellungnahme der Verwaltung: Die Kosten für den Straßenausbau der Offenbachstraße (3 Varianten) betragen ca. 800.000 Euro und die Baukosten für den Kreisverkehr betragen ca. 465.000 Euro.
B90/Grüne	02.02.2021	11	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	331	Beziehen sich die für 2023 angesetzten Einnahmen durch das KAG auf die Gesamtkosten der Maßnahme oder sind die Kosten für die Kreisanlage dort rausgerechnet worden?	Stellungnahme der Verwaltung: Die Kosten für den Kreisverkehr wurden herausgerechnet.
B90/Grüne	02.02.2021	12	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	325	Ist geprüft worden, ob der Uedorfer Weg auf den Kreis als Baulastträger übertragen werden kann?	Stellungnahme der Verwaltung: Nein, es gibt keine Vereinbarung mit dem Kreis.
B90/Grüne	02.02.2021	13	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	316	Auf welche/s Jahr/e bezieht sich die Spalte "Verpflichtungsermächtigungen"?	Stellungnahme der Verwaltung: Verpflichtungsermächtigungen können vom Rat festgelegt werden auch für zukünftigen Haushaltsjahre. Amt 9 plant pro Jahr 100.000 € für die Maßnahmen des Radverkehrskonzeptes ein.

Anträge zum Mobilitäts- und Verkehrsausschuss

Der Verwaltung liegen seitens der Fraktionen **Anträge** zum Haushaltsentwurf 2021/2022 vor. Die den Mobilitäts- und Verkehrsausschuss betreffenden Anträge sowie die Antworten bzw. Stellungnahmen der Verwaltung und Beschlussentwürfe werden nachfolgend dargestellt:

B90/Die Grünen	02.02.2021	6	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	338	Antrag: Verschieben der Knotenpunktplanung Königstraße. Begründung: Ein vordringlicher Bedarf wird nicht gesehen, auf die zugehörigen Anfragen wird verwiesen. Budget: keine zusätzlichen Kosten, Investive Einsparungen in 2021 von 50.000 EUR, in 2022 von 100.000 EUR	Stellungnahme der Verwaltung: Das Konzept zur Umgestaltung Knotenpunktplanung Königstraße wird voraussichtlich im Sommer 2021 im MoVA vorgestellt werden. Hier kann über den weiteren zeitlichen Ablauf entschieden werden. Beschlussentwurf: Der MoVA nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.
Beschluss: Der MoVA nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung. Einstimmig bei 1 Stimmenthaltung (ABB)							
B90/Die Grünen	02.02.2021	7	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	neu	Antrag: Für Bornheim soll ein Nahmobilitätskonzept erstellt werden. Entwicklung eines Nahmobilitätskonzeptes; 15.000 EUR in 2021, 35.000 EUR in 2022 Begründung: Aus Klima gründen aber auch auf Grund des hohen Verkehrsaufkommens in Bornheim wollen wir im Bereich des Nahverkehrs bessere Alternativen entwickeln und umsetzen. Nur so lässt sich ein Teil der Kurzstreckenfahrten mit dem Auto auf andere, verkehrsfreundliche Verkehrsträger umleiten. Das Nahmobilitätskonzept soll dabei als Basis dienen. Darauf aufbauend sollen dann konkrete Pläne und Maßnahme entwickelt werden. Budget: in 2021: 15.000 EUR, in 2022:	Stellungnahme der Verwaltung: Für den öffentlichen Personennahverkehr ist unmittelbar der Rhein-Sieg-Kreis als Aufgabenträger zuständig. Der RSK schreibt dazu regelmäßig seinen Nahverkehrsplan fort. Zudem werden darüber hinaus zurzeit weitere Machbarkeitsstudien, z.B. zum zweigleisigen Ausbau der Linie 18, erstellt. Sowohl im Stadtbahnverkehr, als auch im Busverkehr sind in den vergangenen Jahren bereits umfangreiche Angebotsausweitungen beschlossen und umgesetzt worden. Beschlussentwurf: Der MoVA nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.

						35.000 EUR	
Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen modifiziert ihren Antrag auf Erstellung eines Mobilitätskonzepts, welche alle Verkehrssysteme betrachtet und die Beträge sollen mit einem Sperrvermerk versehen werden. Die UWG-Fraktion beantragt den Beginn der Maßnahme auf das Jahr 2022 zu verschieben. Beschluss: Der MoVA beschließt ein Mobilitätskonzept, welche alle Verkehrssysteme betrachtet, zu entwickeln und die Haushaltsansätze mit einem Sperrvermerk zu versehen. 16 Stimmen für den Beschluss (CDU, SPD, B90/Grüne, UWG, FDP). 01 Stimme gegen den Beschluss (ABB)							
B90/Die Grünen	02.02.2021	8	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	neu	Antrag: Einrichten einer neuen Stelle zur praktischen Umsetzung des Radverkehrskonzepts. Begründung: Wer mehr Radverkehr in Bornheim will, der muss sich überlegen, wie man das hinbekommt. Mehr Geld alleine erscheint dabei nicht zielführend, da wir in der Verwaltung auch jemand brauchen, der dies umsetzt. In unseren Augen muss eine neue Stelle dafür geschaffen und ab 2022 besetzt werden, damit wir hier echte Fortschritte beim Ausbau des Radverkehrs erreichen können.	Stellungnahme der Verwaltung: Die bisher eingeplanten jährlichen Mittel für das Radverkehrskonzept basieren auf den aktuell verfügbaren Ressourcen im Amt 9. Weitergehende Maßnahmen im Zuge der Umsetzung des Radverkehrskonzeptes erfordern zusätzliche Personalressourcen. Hierzu sei auch auf die Vorlage 839/2020-7 im MoVA verwiesen. Beschlussentwurf: Der Ausschuss empfiehlt dem HFA. eine zusätzliche Stelle im Amt 9 zur Umsetzung der Maßnahmen zum Ausbau des

						Budget: ab 2022 neue Stelle (Höhe der konsumtiven Kosten unbekannt)	Radverkehrs einzurichten.
Die CDU-Fraktion beantragt, die Entscheidung in den HFA zu verschieben. Beschluss: Der MoVA beschließt die Entscheidung in den HFA zu verweisen. 10 Stimmen für den Beschluss (CDU, UWG, FDP, ABB) 02 Stimmen gegen den Beschluss (B90/Grüne tw.) 05 Stimmenthaltungen (SPD, B90/Grüne tw.)							
B90/Die Grünen	02.02.2021	9	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	neu	Antrag: Einstellung einer Summe von 100.000 EUR für Maßnahmen zur Umsetzung des Nahmobilitätskonzepts für 2022, um erste konkrete Maßnahmen schon umsetzen zu können. Begründung: Die logische Folge aus der Erstellung eines Nahmobilitätskonzepts sind sich daraus ergebende Maßnahmen. Damit diese möglichst schnell umsetzen lassen, soll dafür in 2022 bereits eine Summe zur Verfügung stehen. Die Fortschreibung dieser Maßnahme soll dann anhand der Auswertung des Nahmobilitätskonzepts erfolgen. Budget: in 2022: 100.000 EUR	Stellungnahme der Verwaltung: siehe Antrag Nr. 7, Beschlussentwurf: Der Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschuss nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.
Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zieht den Antrag zurück.							

FDP	29.01.2021	3	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	315	5.000173: Projekt „Grüne Infrastruktur“ streichen. Interkommunaler Artenschutz wird von Kreisseite erledigt und Verzicht eines Vital-Gartens	Stellungnahme der Verwaltung: Die Auflistung der Maßnahmen war nur Beispielhaft und könnte auch andere Maßnahmen aus dem integrierten Handlungskonzept "Grüne Infrastruktur" wie z.B. Alternative Landwirtschaftskonzepte oder Obstblütenlandschaft Alfter/Bornheim. Der Ansatz dient dazu kurzfristig auf neue Förderprogramme reagieren zu können. Beschlussentwurf: Der MoVA beschließt, den Ansatz für das Projekt "Grüne Infrastruktur" beizubehalten, um der Verwaltung Handlungsspielraum bei neuen, oft kurzfristigen Förderprogrammen zu bieten.
Beschluss: Der MoVA beschließt, den Ansatz für das Projekt "Grüne Infrastruktur" beizubehalten, um der Verwaltung Handlungsspielraum bei neuen, oft kurzfristigen Förderprogrammen zu bieten. 17 Stimmen für den Beschluss (CDU, SPD, B90/Grüne, UWG, ABB). 01 Stimme gegen den Beschluss (FDP)							
FDP	29.01.2021	4	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	318	5.000319: Herabstufung des Projektes „Ausbau Heerweg“. Hier wird der höchste Kostenansatz gewählt, Heerweg soll mit Suggestiv-Radweg geplant werden, mittlere Ausführung für 5,3 Mio. EUR.	Stellungnahme der Verwaltung: Der Suggestiv-Radweg (Fahrradstreifen mit Schutzstreifen, min. 2 mal 1,50 m) auf der Fahrbahn erfordert eine Fahrbahnbreite von mind. 7,0 m, die keine der 3 vorgestellten Planungsvarianten (Innerorts 6,0 m, außerorts 6,50 m) aufweist. Beschlussentwurf: Der MoVA nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.
Der Antrag ist durch den Antrag der UWG-Fraktion bereits erledigt.							

FDP	29.01.2021	5	1.12.02	Straßenbau,- unterhaltg.,- bewirtschaftg.	322	5.000323: Kreisverkehr Bonner Str./ Siegesstr./ Herseler Str. auf spätere Jahre verschieben	Stellungnahme der Verwaltung: Die 2019 erstellte Verkehrs-Prognose 2030 empfiehlt den Bau eines Kreisverkehrsplatzes, da die Kreuzung als Lichtsignalanlage zukünftig nur knapp ausreichend leistungsfähig sein wird. Beschlussentwurf: Der MoVA beschließt, die Verwaltung mit der Beobachtung der weiteren Verkehrsentwicklung und mittelfristigen Untersuchung des Nutzens eines Kreisverkehrsplatzes Bonner Str./ Herseler Str./ Siegesstraße zu beauftragen.
Der Antrag ist durch den Antrag der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits erledigt.							
FDP	29.01.2021	6	1.12.04	ÖPNV		Anrufsammeltaxi: Prüfung der Zusammenlegung der Teilbereiche	Stellungnahme der Verwaltung: Die Fragestellung lässt sich ohne weitere Konkretisierung nicht beantworten. Beschlussentwurf: Der MoVA nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.
Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, den Antrag als ordentlichen Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Sitzungen zu behandeln. Beschluss: Der MoVA beschließt den Antrag als ordentlichen Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Sitzungen zu behandeln. Einstimmig							